

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 50/0142/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Soziales und Integration		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	24.03.2016
		Verfasser:	
Vorstellung des Projektes 'Partnerschaft für Demokratie'			
Beratungsfolge:		TOP: 3	
Datum	Gremium	Kompetenz	
13.04.2016	INT	Kenntnisnahme	

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

finanzielle Auswirkungen

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Erläuterungen:

Die Volkshochschule Aachen hat gemeinsam mit Arbeit und Leben DGB/VHS NRW von 2011 bis 2014 den Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (LAP) im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN entwickelt und umgesetzt. Das vielfältige Engagement aus der Aachener Stadtgesellschaft gegen Rechtsextremismus konnte in dieser Zeit erheblich gestärkt und Netzwerke demokratischer Akteure erweitert werden.

Unter dem Dach des Bundesprogramms „Demokratie leben“ wird die bewährte Zusammenarbeit fortgeführt. Der LAP wird seit 2015 in die Partnerschaft für Demokratie weiterentwickelt.

Ausgehend von einer Analyse der konkreten Situation in Aachen wurden drei Leitziele formuliert: Erstens soll das Bürgerengagement zur Stärkung der demokratischen Kultur in Aachen gefördert und weiterentwickelt werden. Zweitens soll politische Bildung das Wissen über Ursachen Erscheinungsformen und Folgen rechtsextremer und anderer menschenfeindlicher Ideologien etwa bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aber auch Jugendlichen vertieft werden. Und zum Dritten soll die kritische Auseinandersetzung mit der (lokalen) NS-Geschichte die Herausbildung einer demokratisch-kulturellen Identität unterstützen.

Zur Erreichung dieser Leitziele baut die Partnerschaft für Demokratie auf ein breites Netzwerk von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik – und Verwaltung. Neben den Fraktionen im Rat der Stadt Aachen wirken zum Beispiel die großen Religionsgemeinschaften oder der Deutsche Gewerkschaftsbund bei der Weiterentwicklung der Partnerschaft mit. Ein wichtiges Anliegen ist es, die Aachener Öffentlichkeit über die Website der Koordinierungs- und Fachstelle mit redaktionellen Beiträgen umfassend und zeitnah über Entwicklungen des regionalen Rechtsextremismus zu informieren.

Herr Clemens von der Volkshochschule stellt das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ vor.